II-1672 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 8391J

1980 -11- 12

A n f r a g e

der Abgeordneten STEINBAUER

und Genossen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend das Strafverfahren gegen Dkfm. Dr. Erich Göttlicher,
Dr. Paul Schärf und Dr. Hannes Androsch wegen des Ver-
dachts der Untreue nach dem § 153 StGB und anderer straf-
barer Handlungen (20 St 32.273/80 der Staatsanwaltschaft
Wien)

Bei der Staatsanwaltschaft Wien ist ein Verfahren gegen Dkfm. Dr.
Erich Göttlicher, Dr. Paul Schärf und Dr. Hannes Androsch wegen
des Verdachtes der Untreue und der Abgabenhinterziehung, gegen
Dr. Hannes Androsch überdies wegen des Verdachtes des Mißbrauchs
der Amtsgewalt anhängig.

Diesem Verfahren liegt zugrunde, daß Dr. Paul Schärf im Jahre 1975
von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien besonders günstige Kredit-
konditionen ("Zinsenbonus") im Zusammenhang mit dem Erwerb einer
Villa in Neustift/Walde gewährt wurden, weil die Donau-Versicherungs-
AG (Generaldirektor Dr. Erich Göttlicher) und der "Wiener Verein"
unter fragwürdigen Umständen Millionenbeträge - zum Zwecke des wirt-
schaftlichen Ausgleichs dieses "Zinsenbonus" - gegen eine unüblich
niedrige Verzinsung bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien
einlegten. Hiedurch wurden die am Gewinn der Donau-Versicherungs- AG
beteiligten Lebensversicherten und die Mitglieder des "Wiener
Vereines", denen statutenmäßig eine Gewinnbeteiligung zukommt, um
insgesamt ca. S 540.000,- geschädigt. Dr. Androsch, der im übrigen
die Villa in Neustift/Walde bewohnt, trat im Zusammenhang mit dieser
dubiosen Kreditgewährung als Bürge für seinen Schwiegervater Dr. Paul
Schärf in Erscheinung.

Von der Staatsanwaltschaft Wien wurden zur Aufklärung des Sachverhaltes Vorerhebungen - teils im Zusammenwirken mit der Wirtschaftspolizei, teils im Zusammenwirken mit der Finanzstrafbehörde - eingeleitet.

Obwohl die staatsanwaltschaftlichen Erhebungen (sowohl hinsichtlich des Verdachtes der Untreue bzw. des Mißbrauchs der Amtsgewalt als auch der Abgabenhinterziehung nach dem § 33 Finanzstrafgesetz) bis heute nicht zum Abschluß gekommen sind, sah sich der Bundesminister für Justiz am 8.9.1980 veranlaßt, folgendes Kommuniqué an die Presse zu geben:

"Dem Bundesministerium für Justiz sind heute die Berichte der Staatsanwaltschaft Wien und Oberstaatsanwaltschaft Wien unter Anschluß der Erhebungsergebnisse vorgelegt worden.

Durch die bisherigen Erhebungen ist die in der anonymen Anzeige enthaltene Behauptung, daß dieser Geschäftsfall aufgrund einer Weisung von oben der Innenrevision der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien entzogen worden wäre, widerlegt. Die Erhebungen erbrachten auch keinen Hinweis darauf, daß Vizekanzler Dr. Androsch eine strafbare Handlung anzulasten wäre, weil er entgegen der Anzeigenbehauptung an den Verhandlungen über die Gewährung eines Zinsbonus für Dr. Schärf weder beteiligt war noch sonst darauf eingewirkt hat. Dieses Kreditgeschäft wurde vom Kreditausschuß (Vorstand) der Zentralsparkasse genehmigt. Weder bei der seinerzeitigen Innenrevision durch die Zentralsparkasse noch anläßlich der Behandlung in der Sitzung des Sparkassenrates der Zentralsparkasse am 27.8.1980 wurde irgendein Einwand erhoben. Ungeachtet dieser bereits vorliegenden Erhebungsergebnisse nehmen die staatsanwaltschaftlichen Behörden zur abschließenden Klärung des Sachverhaltes noch ergänzende Ermittlungen über die Geschäftsüblichkeit der Vorgangsweise der beteiligten Versicherungsunternehmen in Aussicht.

Das Bundesministerium für Justiz wird das Vorhaben der staatsanwalt-schaftlichen Behörden zur Kenntnis nehmen."

Der Inhalt dieser Presseaussendung ist derart gehalten, daß in der Öffentlichkeit der den Tatsachen nicht entsprechende Eindruck entstehen sollte (und auch tatsächlich entstanden ist), das Strafverfahren gegen Dr. Hannes Androsch sei - mangels Vorliegens eines strafbaren Verhaltens - zum Abschluß gebracht worden, Dr. Hannes Androsch werde nicht (mehr) verfolgt und die weiteren Erhebungen der Anklagebehörde würden sich auf die Geschäftsüblichkeit der Vorgangsweise der beteiligten Versicherungsunternehmen beschränken. Auf die Tatsache, daß bei der Staatsanwaltschaft Wien auch wegen des Vergehens der Abgabenhinterziehung noch eine offene Anzeige gegen Dr. Hannes Androsch anhängig ist, wurde in der Presseaussendung - ganz offenkundig bewußt - überhaupt nicht eingegangen. Im übrigen könnte selbst die Geschäftsüblichkeit einer solchen Veranlagung nicht exculpieren, da von einem Machthaber (i.S. des § 153 StGB) grundsätzlich jeder Gewinn abzuführen ist, wenn er sich nicht nach der zitierten Gesetzesstelle strafbar machen will.

Die inhaltlich unrichtige und unvollständige Presseaussendung vom 8.9.1980 steht in offenkundigem Zusammenhang mit den Beratungen in den Spitzengremien der SPÖ vom 9.9.1980, in denen das weitere politische Schicksal von Dr. Hannes Androsch entschieden wurde. Das vom Bundesminister für Justiz publizierte Kommuniqué stellte demnach eine politische Gefälligkeitsbestätigung für seinen Ministerkollegen dar, um es diesem zu ermöglichen, sein Regierungsamt zu behalten.

Aufgrund einer Erklärung des Leiters der Staatsanwaltschaft Wien, Dr. Otto F. Müller, vom 15.9.1980, wonach die Strafanzeige gegen Dr. Hannes Androsch nicht nach dem § 90 StPO zurückgelegt wurde, wurde die Unrichtigkeit der Presseaussendung des Bundesministers für Justiz und ihre politische Tragweite offenbar. Gleichzeitig ergab sich hieraus, daß es sich bei diesem Kommuniqué um eine Desavouierung der Anklagebehörden (Staatsanwaltschaft Wien und Oberstaatsanwaltschaft Wien) und eine mißbräuchliche Einmischung in ihre Erhebungstätigkeit handelte.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A N F R A G E :

- 1) Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruhte Ihre Presseaussendung vom 8.9.1980?
- 2) Wurde dieses Kommuniké vor seiner Aussendung der Oberstaatsanwaltschaft Wien zur Einsicht übermittelt und diese zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert, ob sie seinem Inhalt zustimmt?
- 3) Wenn nein: weshalb ist dies unterblieben?
- 4) Wenn ja: hat die Oberstaatsanwaltschaft Wien dem Inhalt des Kommunikés zugestimmt?
- 5) Wurde Dr. Hannes Androsch zu den wider ihn erhobenen Vorwürfen als Verdächtiger vernommen?
- 6) Wenn nein:
 - a) Weshalb ist dies bisher unterblieben, obwohl seiner Einvernahme als Verdächtiger - ungeachtet seine Immunität als Abgeordneter zum Nationalrat - kein Hindernis entgegensteht, da die ihm angelasteten strafbaren Handlungen offensichtlich in keinem Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit als Abgeordneter stehen und er daher auch ohne Zustimmung des Nationalrates behördlich verfolgt werden darf (§ 57 Abs. 3 B-VG, § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Nationalrates)?
 - b) Wird von der Staatsanwaltschaft Wien ein Antrag auf Vernehmung von Dr. Hannes Androsch als Verdächtiger gestellt werden?

- 5 -

- 7) Welche Personen wurden bisher als Verdächtige bzw. Zeugen einvernommen?
- 8) Welche Personen werden noch aufgrund der Anträge der Staatsanwaltschaft Wien als Verdächtige bzw. Zeugen einvernommen werden?
- 9) Weshalb wurden die bisherigen Vorerhebungen von der Staatsanwaltschaft Wien ausschließlich über die Wirtschaftspolizei (bzw. die Finanzstrafbehörde) und nicht über das Landesgericht für Strafsachen Wien (durch einen unabhängigen Untersuchungsrichter) geführt?
- 10) Wird das Landesgericht für Strafsachen Wien in die noch ausstehenden Erhebungen eingeschaltet werden?
- 11) Werden Sie nach Abschluß des Vorverfahrens die Endantragstellung (Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung) der Staatsanwaltschaft Wien bzw. der Oberstaatsanwaltschaft Wien überlassen oder von der vorherigen Genehmigung durch das Bundesministerium für Justiz abhängig machen?
- 12) Trifft es zu, daß entgegen der von Ihnen in der Presseaussendung vom 8.9.1980 aufgestellten Behauptung, wonach Vizekanzler Dr. Androsch an den Verhandlungen über die Gewährung eines Zinsenbonus für Dr. Paul Schärf weder beteiligt war noch sonst darauf eingewirkt hat, Unterlagen vorhanden sind, daß Dr. Androsch einerseits auf die Gestaltung der "Widmungseinlagen" verwiesen wurde und andererseits im Zusammenhang mit der Kreditbesicherung in Erscheinung trat?